

Für ein starkes und freiheitliches Sachsen

Landtagswahlprogramm der FDP Sachsen 2009

Beschlossen am 1.11.2008 in Dresden



Für ein starkes und freiheitliches Sachsen Landtagswahlprogramm der FDP Sachsen 2009

Inhaltsverzeichnis:

Bildungspolitik: Mehr Chancen durch bessere Bildung für alle Sachsen	19
Moderne Schulstrukturen für bessere Bildung.....	20
Faire Regeln für freie Träger	20
Kostenfreies Schulvorbereitungsjahr einführen	21
Wohnortnahe Schulen und kleinere Klassen.....	21
Selbständige Schulen statt Bildungsbehörden.....	21
Lehrer stärker motivieren und Lehrermangel verhindern	22
Kinder mit Behinderungen integrieren	22
Fremdsprachen und internationale Zusammenarbeit fördern.....	22
Gesundheit fördern und Gesundheitserziehung intensivieren.....	23
Berufs- und Studienorientierung	23
Für eine moderne Berufsausbildung.....	23

Bildungspolitik: Mehr Chancen durch bessere Bildung für alle Sachsen

Bildung ist eine Grundvoraussetzung für jeden Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und Verantwortung für sich und für andere zu übernehmen. Bildung entscheidet über die persönlichen Lebenschancen jedes Sachsen. Sie ist der entscheidende Schlüssel für den zukünftigen Wohlstand im Land.

Das Ziel sächsischer Bildungspolitik muss es sein, faire Startchancen für alle jungen Sachsen zu schaffen. Wir werden nicht hinnehmen, dass schlechte Schulen oder Hochschulen die späteren Lebenschancen unserer Jugend beeinträchtigen.

Bildung ist ein Standortfaktor. Sachsen steht im Wettbewerb - innerhalb Deutschlands, aber auch international. Eine intelligente Bildungspolitik vermehrt das „Gold in den Köpfen“ der Sachsen. Sie sorgt dafür, dass die klügsten Köpfe aus dem Freistaat selbst kommen.

Das sächsische Bildungssystem steht vor vielen Herausforderungen. Dazu gehören das durch massive Schulschließungen ausgedünnte Schulnetz, eine hohe Schulabbrecherquote sowie

viele sanierungsbedürftige Schulgebäude. Hinzu kommt die ungenügende individuelle Förderung von Starken und Schwachen.

Schulen sind nicht nur ein Ort der Wissensvermittlung. Schüler werden neben dem Elternhaus auch in der Schule hinsichtlich ihres Verhaltens und ihrer Werte geprägt. In Abstimmung mit den Eltern muss die Schule auch die Erziehung stärker unterstützen.

Bei der Qualität unseres Schulsystems darf nicht der Einäugige unter den Blinden unser Maßstab sein, sondern allein die internationale Spitze. Bisher fehlen das Bekenntnis und die Ressourcen, das sächsische Schulsystem frei von ideologischen Scheuklappen auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten.

Das verhältnismäßig gute Abschneiden Sachsens im Vergleich der Bundesländer in der PISAstudie

ist für uns noch kein Grund zur Freude, denn trotzdem beherrschen immer mehr Schüler Grundfertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen nur mangelhaft.

Wir brauchen einen neuen Schwerpunkt beim Ressourceneinsatz. Anstelle Bildungsdefizite erst nach der Schule durch teure und ineffektive staatliche Maßnahmen zu bekämpfen, wollen wir die Grundschulen und frühkindliche Bildung massiv stärken. Der Abbau von Defiziten gelingt im jüngeren Alter besser und erfordert vergleichsweise weniger Mittel.

Moderne Schulstrukturen für bessere Bildung

Die weitgehende Übernahme des westdeutschen Schulsystems nach der Wende hat den Aufbau eines neuen und modernen Bildungssystems in Sachsen behindert. Unter verkrusteten Schulstrukturen leidet dabei die Bildungsqualität. Das muss sich ändern!

Wir wollen die zu frühe Auslese der Schüler nach der vierten Klasse beenden. Zukünftig sollen alle Schüler mindestens bis zum Abschluss der Klassenstufe 6 gemeinsam die Schule besuchen. Durch ein längeres gemeinsames Lernen kann der soziale Umgang der Schüler untereinander verbessert werden. Zudem wird die Basis für eine Bildungsempfehlung verbreitert. Längeres gemeinsames Lernen ist für uns untrennbar mit klarer Leistungsorientierung und besserer individueller Förderung verbunden. Die Voraussetzungen für eine tatsächliche Durchlässigkeit der Schularten Mittelschule und Gymnasium werden im Lehrplan sichergestellt.

Leistung zu fördern, aber auch einzufordern, muss ein Grundsatz an allen sächsischen Schulen sein. Wir wollen ein hohes Lernniveau an Mittelschulen und Gymnasien garantieren. Deshalb muss die durch CDU und SPD erfolgte Aufweichung der Zugangskriterien zum Gymnasium zurückgenommen werden. Zukünftig wird den Eltern auf der Grundlage von Lernstandsdiagnosen und Leistungsbewertungen eine Schullaufbahn für ihr Kind empfohlen.

Damit wird die Prognosesicherheit erhöht. Schulen für Hoch- oder Sonderbegabte, aber auch erforderliche Förderschulen müssen bedarfsgerecht die Schullandschaft ergänzen.

Wir unterstützen die Gründung von Gemeinschaftsschulen. Sie nutzen insbesondere die Vorteile des sozialen Lernens und geben Impulse für eine bessere individuelle Förderung.

Dieses Modell wird auch dazu beitragen, Schulstandorte im ländlichen Raum zu sichern. Gegenwärtig gibt es Gemeinschaftsschulen in Sachsen nur als Schulversuche an Mittelschulen. Wir fordern einen eigenständigen schulgesetzlichen Status für die Gemeinschaftsschule als allgemeinbildende Schulart – wie den Grund-, Mittel-, und Förderschulen sowie dem Gymnasium.

Faire Regeln für freie Träger

Wir bekennen uns zu einer vielfältigen Bildungslandschaft mit unterschiedlichen Trägern. Es müssen mehr Anreize für privates Engagement geschaffen werden. Freie Träger und staatliche Bildungsanbieter sind grundsätzlich gleichberechtigt zu behandeln. Wenn ein freier Träger einen erfolgreichen Probetrieb von zwei Jahren nachweist, muss er ein Recht auf staatliche Mittel erhalten. Die Einführung eines Bildungsgutscheins garantiert die gleiche staatliche Förderung für jeden Schüler, ganz gleich, ob er an einer staatlichen oder freien Schule lernt.

Kostenfreies Schulvorbereitungsjahr einführen

Für uns besitzt die frühkindliche Förderung im Kindergarten höchste Priorität. Betreuung und altersgerechte Bildung der Kinder gehören für uns zusammen. Wir begrüßen daher die neue Zuständigkeit des Kultusministeriums für die frühkindliche Bildung. Ein kostenfreies Schulvorbereitungsjahr im Kindergarten möchten wir allen Kindern in Sachsen anbieten.

Durch eine enge Zusammenarbeit von jugendärztlichem Dienst und Pädagogen sollen Bildungs- und Entwicklungsstände rechtzeitig erkannt und Rückstände gezielt abgebaut werden. Die Regeleinschulung erfolgt weiterhin mit 6 Jahren. Die Möglichkeiten der flexiblen Schuleingangsphase sollen weiterentwickelt werden, um die individuellen Bildungschancen der Schulanfänger zu verbessern. Durch eine unbürokratisch, vereinfachte Wahl der Schulbezirke wird auch für Grundschüler die freie Schulwahl ermöglicht und für die Eltern eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie erreicht.

Wohnortnahe Schulen und kleinere Klassen

Wir fordern, jahrgangsübergreifenden Unterricht an Grund- und Mittelschulen zuzulassen. Bei beiden Schulformen ist im Interesse der Wohnortnähe auch ein einzügiger Betrieb mit einer Klasse pro Jahrgang zu ermöglichen. Statt dreizügigen Gymnasien sind ebenso bereits zweizügige zuzulassen. Damit können in ländlichen Regionen Schulstandorte gesichert werden. Die Wiedereröffnung von Schulen darf bei entsprechendem Bedarf kein Tabu sein.

Sinkende Schülerzahlen müssen zur Reduzierung der Klassenstärke genutzt werden. Schulklassen sollen in Zukunft höchstens 25 statt bisher 28 Schüler haben. Die verbindliche Unterrichts- und Betreuungszeit in der Grundschule erstreckt sich mindestens von 8.00 bis 14.00 Uhr. Wir wollen die Ganztagsangebote in Sachsen weiter ausbauen. Die Teilnahme der Schüler sollte dabei freiwillig bleiben.

E-Learning-Angebote sollen den klassischen Unterricht ergänzen. Sie verbinden die Vermittlung und Anwendung von Wissen mit Medienkompetenz.

Selbständige Schulen statt Bildungsbehörden

Sachsen braucht eigenverantwortliche Schulen. Sie sollen Bildungsdienstleister sein und nicht länger wie Behörden geführt werden. Sie brauchen Handlungsfreiheit und ein professionelles Management. Für kleinere Schulen können Ausnahmen gemacht werden. Die Schulleitung staatlicher Schulen sollte aus einem für die Verwaltung zuständigen Schulmanager (Geschäftsführer) und einem Direktor (pädagogischer Leiter) bestehen.

Diese Stellen werden durch Ausschreibungen der jeweiligen Schulträger besetzt und zeitlich befristet; Wiederholungsbewerbungen sind möglich. Jede Schule erhält die Möglichkeit, im Rahmen eines Schulbudgets selbständig über Ausgaben zu entscheiden und Spenden direkt anzunehmen. So können auch notwendige Sanierungen eher begonnen werden.

Die sächsischen Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, selbst Lehrer einzustellen. Diensthoheit und Finanzmittel sind vom Land auf die Kommunen zu übertragen. Aufgabe des Staates darf es nicht länger sein, den Weg zu einem Bildungsziel detailliert vorzuschreiben. Die sächsischen Lehrpläne sind auf einen Kernbestand zu reduzieren. Lediglich Lehrplanziele sollen vom Freistaat definiert werden. Darüber hinaus kontrolliert er die Einhaltung von Bildungsstandards durch eine externe Schulaufsicht.

Schulgebäude sollten am Nachmittag nicht leer stehen, sondern für Freizeit- und zusätzliche Bildungsangebote genutzt werden können. Dazu müssen Ganztagsangebote ausgebaut und die Kooperation mit Horten und Vereinen verstärkt werden. Ziel soll es sein, dass sich Schüler, Eltern und Lehrer mit „ihrer“ Schule identifizieren und sich für sie engagieren.

Lehrer stärker motivieren und Lehrermangel verhindern

Ohne motivierte Lehrer gibt es keinen guten Unterricht. Der Umgang des Kultusministeriums mit den Pädagogen hat zu Frust und verminderter Leistungsbereitschaft geführt.

Zwangsteilzeit, ungerechte Gehaltseinstufungen, unklare Zukunftsperspektiven und kurzfristiges Springen zwischen Einsatzorten verhindern Motivation. Wer hohe Ansprüche an Einsatzbereitschaft und Unterrichtsqualität stellt, darf diese nicht durch Zwangsteilzeitarbeit und ein überzogenes Aufgabenpensum gefährden.

Wir wollen durch finanzielle Anreize und mehr Freiräume Kreativität und Engagement des Lehrpersonals fördern. Lehrer sollen mehr Zeit erhalten, sich um ihre Klasse auch außerhalb des Unterrichts zu kümmern. Dazu müssen sie von Verwaltungsaufgaben befreit werden. Sie brauchen zudem mehr professionelle und zeitnahe Unterstützung durch Psychologen und Sozialarbeiter.

Unser Ziel ist es, die Stellung der Pädagogen zu stärken und die Attraktivität des Lehrerberufs zu erhöhen. Dazu gehört eine höhere öffentliche Wertschätzung durch Regierung und Politik. Eine spezielle Imagekampagne sollte Attraktivität und Verantwortung des Berufes hervorheben. Wir wollen die besten Schulabsolventen als Lehrer gewinnen und die Aufstiegsmöglichkeiten für gute Lehrer verbessern. Mit einer stärker leistungsbezogenen Vergütung und einem eigenen Prämienbudget, über das die Schulleitung verfügen kann.

Die Verbeamtung von Lehrern lehnen wir ab. Die willkürliche Trennung zwischen Mittelschul- und Gymnasiallehrern in der Lehramtsausbildung ist aufzuheben. Wir wollen eine längere Dauer der Praxisphasen im Lehrerstudium. Eine Absenkung der Referendarstellen halten wir mit Blick auf den zunehmenden Lehrermangel für unverantwortlich. Wir müssen unseren sächsischen Lehrernachwuchs im Land halten. Die Unterschiede in der Vergütung von Grundschul-, Mittelschul- und Gymnasiallehrern sind nicht mehr zeitgemäß und daher abzuschaffen. Das Unterrichten an Grundschulen ist nicht weniger verantwortungsvoll als an weiterführenden Schularten.

Sinkende Schülerzahlen führten in der Vergangenheit zur Reduzierung von Lehrerstellen, neue Lehrkräfte wurden nur in geringem Umfang eingestellt. Doch die Zeiten ändern sich. Bereits jetzt zeichnet sich in einigen Regionen und bei bestimmten Fächerkombinationen ein Lehrermangel ab – zum Beispiel bei den Naturwissenschaften. Das können wir uns nicht leisten. Deshalb brauchen wir eine langfristige Bedarfsanalyse und ein konkretes Personalkonzept, um Lehrermangel vorzubeugen. Mit staatlichen Stipendien können wir gezielt Berufsnachwuchs für „Mangelfächer“ gewinnen. Zudem wollen wir aus Sachsen abgewanderte Lehrer durch eine Stellenbörse und gezielte Anwerbung zur Rückkehr bewegen.

Kinder mit Behinderungen integrieren

Im Bereich der Förderung von lernschwachen Kindern oder Kindern mit Behinderung muss das Motto „Integration zuerst!“ gelten. Die Gesellschaft trägt eine besondere Verantwortung für diese Kinder. Sie sind auf besondere Unterstützung angewiesen, wenn sie eine Chance im Leben erhalten sollen. Wir wollen sie soweit wie möglich in den Schulbetrieb von Grund- und Mittelschulen sowie Gymnasien integrieren. Die dafür erforderlichen Integrationsstunden müssen endlich in vollem Umfang genehmigt werden. Sonderschulen sollen nur dort ins Spiel kommen, wo die Integrationsleistung an den allgemeinbildenden Schulen nicht mehr erbracht werden kann. Zudem muss Fachpersonal zur sonderpädagogischen Förderung dieser Kinder zur Verfügung stehen. Bei der Sanierung von Schulen und Schulneubauten muss ein Teil der Einrichtungen behindertengerecht ausgebaut werden.

Fremdsprachen und internationale Zusammenarbeit fördern

Wer sich in einer zunehmend globalisierten Welt verständigen will, muss Fremdsprachen beherrschen. Wir fordern die Einführung einer Fremdsprache ab der 1. Klassenstufe. Jungen Schülern fällt das Erlernen wesentlich leichter. Über die konkrete Sprache soll die Schule entscheiden. Interkulturelle Kompetenz wird darüber hinaus durch internationale Schüleraustausche und gemeinsame Projekte mit Schulen in anderen Ländern erworben. Die internationale Zusammenarbeit wollen wir gezielt fördern.

Gesundheit fördern und Gesundheitserziehung intensivieren

Einen großen Teil des Tages verbringen Schüler und Lehrer in der Schule. Die Schule hat als Lebensraum von Kindern und Jugendlichen eine große Verantwortung für ihre Gesundheit. Schule ist wichtig für den Erwerb von gesundheitsfördernden Verhaltensmustern und Lebenskompetenzen. Übergewicht, psychische Störungen, wie zum Beispiel Gewaltbereitschaft, Suchtverhalten und Essstörungen nehmen bei unseren Kindern und Jugendlichen stetig zu. Deshalb müssen Gesundheitskontrolle und Prävention verstärkt werden. Dabei ist es wichtig, auch externe Fachkräfte problemlos in den Unterricht einbinden zu können. Erforderlich sind zudem Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrer zu Themen wie körperlich-seelische Auffälligkeiten bei Schülern, Lernbehinderungen, Schulverweigerern und Lehrergesundheit. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass die vorgesehenen Reihenuntersuchungen von Schulkindern auch tatsächlich durchgeführt werden.

Berufs- und Studienorientierung

Kaum eine Entscheidung ist für junge Menschen so bedeutend, wie die Berufswahl. Die Wahl einer Berufsausbildung oder eines Studiums für einen Beruf, der hier in Sachsen eine tatsächliche Perspektive bietet, erspart jungen Menschen Abwanderung oder Arbeitslosigkeit.

Gleichzeitig sichern wir so den Fachkräftenachwuchs für hochqualifizierte Arbeitsplätze in sächsischen Unternehmen. Es ist deshalb notwendig, frühzeitig innerhalb der Schule über Berufschancen und aktuelle Anforderungen im Arbeitsleben zu informieren. Diese Berufs- und Studienberatung soll an allen allgemeinbildenden Schulen verpflichtend in den Unterricht integriert werden. Ausreichend Personal und die kostenfreie Bereitstellung des Berufswahlpasses ab Klasse 7 für alle Schüler sind Grundvoraussetzungen dafür.

Als wichtigste Berufsberater der Jugendlichen sind die Eltern in die Berufs- und Studienberatung einzubeziehen. An allen allgemeinbildenden Schulen ist mindestens ein Betriebspraktikum zu absolvieren, wofür die Kontakte der Schulen zu lokal ansässigen Firmen auszubauen sind. Im engen Kontakt mit der sächsischen Wirtschaft informieren sich Lehrer

und Schüler regelmäßig über die gefragten Berufe und ihre Anforderungen. Die Zusammenarbeit von Lehrern und Unternehmern soll im Rahmen der Landesarbeitsgemeinschaft Schule-Wirtschaft gestärkt werden. Lehrkräfte sind bei der Weiterbildung in Unternehmen zu unterstützen. Nur Lehrer, die selber mit unternehmerischen Denkweisen und wirtschaftlichen Sachverhalten vertraut sind, können diese auch ihren Schülern vermitteln.

Für eine moderne Berufsausbildung

Die duale Ausbildung in Unternehmen und Berufsschulen ist in Sachsen die wichtigste Quelle für den Fachkräftenachwuchs und hilft die Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Wirtschaft und jedes einzelnen Betriebes zu sichern. Die beruflichen Anforderungen verändern sich jedoch dynamisch. So entstehen einerseits immer neue Berufe mit sehr spezifischen Qualifikationsbedürfnissen, andererseits wandeln sich Anforderungen ständig. Deshalb müssen Auszubildende auch breiter angelegte, überfachliche Kompetenzen als Grundlagen für ein lebensbegleitendes Lernen erwerben. In der dualen Berufsausbildung sind Reformen erforderlich, um mehr Flexibilität, Differenzierung und Praxisnähe zu ermöglichen.

Um kürzere Ausbildungszeiten und eine bessere Berufsausbildung zu ermöglichen, sollen die rund 350 Ausbildungsberufe in Berufsgruppen eingeteilt werden. Einer Basisausbildung in den ersten beiden Dritteln der Ausbildungszeit schließt sich eine Spezialisierung an. Dafür müssen die Berufsschulen mehr finanzielle, personelle und inhaltliche Freiräume bekommen. Sie lassen eine Flexibilisierung der Ausbildungsinhalte und Lernorte zu. Im Vordergrund sollte dabei stehen, den Auszubildenden eine möglichst praxisnahe Ausbildung mit größeren Zeitanteilen im Betrieb zu ermöglichen.

Ausbildungsunfähige Jugendliche sind statt in aufwendigen und kostenintensiven berufsvorbereitenden Jahren (BVJ) mit handwerklichen Grundfertigkeiten zu versorgen, um so praktische Kenntnisse und Erfahrungen zu sammeln.

Damit unterschiedliches Leistungsvermögen und individuelle Vorqualifikationen von Auszubildenden sowie betriebspezifische Besonderheiten besser berücksichtigt werden können, sind in der schulischen Ausbildung neben dem herkömmlichen Klassen- und Gruppenunterricht auch weiter differenzierende Ergänzungs-, Wiederholungs- oder Förderlehrgänge sowie eine intensivere Kooperation zwischen beruflichen Schulen und Ausbildungsbetrieben notwendig. So können auch verkürzte Ausbildungszeiten ermöglicht werden. Die beruflichen Schulen müssen dafür größere finanzielle, personelle und inhaltliche Freiräume bekommen, um Teams gut qualifizierter Lehrkräfte sowie modern ausgestattete Ausbildungsstätten aufbauen zu können.

Die staatliche Förderung für vollzeitschulische Ausbildungen muss sich am tatsächlichen Bedarf der Wirtschaft und den Zukunftschancen der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt in Sachsen orientieren. Staatliche Zuschüsse für vollzeitschulische Angebote sollten zurückgefahren werden, wenn es bereits eine vergleichbare Ausbildung im dualen System in ausreichender Kapazität gibt.

Damit individuelle Bildungswege besser gelingen, ist eine stärkere Durchlässigkeit der beruflichen Bildung zum Hochschulbereich überfällig.